

28. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Mai 1960

109/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c h w e r, Dr. Dipl.-Ing. Ludwig
W e i ß, Dr.-Ing. Johanna B a y e r und Genossen
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend Übernahme der Koralpenstrasse durch den Bund.

-.-.-

Am 23. Dezember 1959 hat der Steiermärkische Landtag einen Beharrungs-
beschluss nachstehenden Inhaltes gefasst:

"Mit Landtagsbeschluss Nr. 246 vom 25. Juni 1959 wurde die Bundesregierung er-
sucht, die Landesstrasse von Eibiswald bis Lavamünd als Bundesstrasse zu
übernehmen, falls die Gaberlstrasse als Bundesstrasse aufgelassen und vom
Land Steiermark als Landesstrasse übernommen wird. Die Landesregierung wird
ersucht, auf die Durchführung dieser Forderung nachdrücklich und wiederholt
zu drängen, da es sich hier um ein dringliches Anliegen der so notwendigen
Grenzlandförderung handelt. Insbesondere wird die Landesregierung ersucht,
der Bundesregierung abermals unter der eingangs genannten Voraussetzung die
Übernahme der Gaberlstrasse als Landesstrasse anzubieten."

Den beiden Beschlüssen ist am 8. März 1958 ein erster vorausgegangen, in
dem der Herr Landeshauptmann ersucht wurde, gemeinsam mit dem Herrn Landeshaupt-
mann von Kärnten bei der Bundesregierung wegen Übernahme der Koralpenstrasse
(Eibiswald - Soboth - Lavamünd) vorstellig zu werden und deren Ausbau durch den
Bund zu erreichen.

Die zuständige Abteilung der Steiermärkischen Landesregierung hat das
Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau jeweils von den Beschlüssen des
Landtages in Kenntnis gesetzt und die erforderlichen Unterlagen beigebracht.

Der Herr Landeshauptmann hat durch wiederholte Vorsprachen dem Auftrag
des Landtages entsprochen und die Notwendigkeit der geforderten Massnahme ein-
gehend begründet.

Da bisher eine Stellungnahme von zuständiger Stelle nicht erfolgte, die
Bevölkerung des schwer um seine Existenz ringenden Grenzlandes jedoch mit wach-
sender Ungeduld auf eine Erledigung wartet, stellen die gefertigten Abgeordneten
an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

A n f r a g e

ob die Bundesregierung sich mit den Beschlüssen des Steiermärkischen Landtages
befasste, bzw. welche Umstände obwalten, die eine Stellungnahme bisher nicht
gestatteten, und wann mit der Übernahme der Koralpenstrasse im Tauschwege
gegen die Gaberl-Bundesstrasse Nr. 77 zu rechnen ist.

-.-.-.-